



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/175

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
31. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Betrachtung zur letzten Bundestags-Woche	S.1
Wie das Debakel von Korea begann -Bericht aus New York -	S.3
Dompastor Kleinschmidt	S.5
Kommuniquee über die Bonner Tagung des PV der SPD	S.6

Parlament und Regierung

-nn. Mit einer Sitzungsdauer von insgesamt 34 Stunden hat der Bundestag in der letzten Juliwoche eine imponierende Leistung vollbracht, zumal das Arbeitsergebnis durchaus dem Aufwand an Zeit entsprach. Der "Luxus" der unbeschränkten Redezeit bei der ersten Lesung der Gesetzentwürfe zum Mitbestimmungsrecht ermöglichte eine grosse parlamentarische Debatte, die einen tiefen Einblick in die Vorstellungen der Parteien zu diesem politisch, wirtschaftlich und juristisch unerschöpflichen Thema gestattete. Die Fronten sind klar abgesteckt, und in den Ausschussberatungen wird sich zeigen, dass eine wirkliche Aussprache im Plenum keine vergeudete Zeit ist. Daneben hat der Bundestag mit der "kleinen Justizreform" sein erstes grosses Gesetzeswerk verabschiedet, das glatter über die Bühne ging, als man es bei dem grossen Haus vermutet hätte. Gewiss hatte sich das Parlament das umfangreiche Pensum nur aufgebürdet, weil die Parlamentsferien bevorstanden. Dass es tatsächlich bewältigt wurde, hat aber jene Kritiker widerlegt, die die Arbeitsfähigkeit des Bundestages in Zweifel zogen.

Der Druck, unter dem die Regierung mit der Verabschiedung der Versorgungsgesetze für die Kriegsbeschädigten und der Personen nach Artikel 131 des Grundgesetzes stand, war anderer Art. Die Regierungspartei der Freien Demokraten wollte mit ihrer Forderung in höchst merkwürdiger Weise die Parlamentsferien verquicken. Es zeigt sich immer deutlicher, dass die Gesetzgebungsmaschine der Bundesregierung viel schleppender ist als die des Parlamentes. Ist ein Gesetzentwurf erst einmal

im Ausschuss, so kommt auch die Arbeit voran, während sich die Unmöglichkeit, im Kabinett eine Einigung zu erzielen, in monatelangen Verschleppungen auswirkt. So war die Regierung gegen die Gesetzesinitiative der CDU beim Mitbestimmungsrecht, konnte sie aber trotz langwieriger Vorbereitungen nicht durch Vorlage eines eigenen Entwurfs durchkreuzen.

Abgesehen von den Spannungen, die ohnehin zwischen den Koalitionspartnern einerseits und den Regierungsparteien und der Bundesregierung andererseits mehr und mehr zutage treten, ist das Parlament gelegentlich der Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag zur Abberufung Prof. Erhards zum erstenmal geschlossen gegen die Regierung aufgetreten. Zwar haben sich die Regierungsparteien schützend vor ihren Minister gestellt, und beim Hammelsprung ist noch eine Reihe von CDU-Abgeordneten "umgefallen", die vorher gegen Erhard gestimmt hatte., weil sie sahen, dass er in Gefahr war, gestürzt zu werden. In der grundsätzlichen Kritik an der Haltung, die die Regierung gegenüber dem Parlament einnimmt, war sich das Haus jedoch einig. Während der CDU-Fraktionsvorsitzende andeutete, daß er mehr zum Thema sagen würde, wenn es nicht um einen Minister ginge, hat der Sprecher der Freien Demokraten die Debatte über den Fall Erhard als eine ernste Mahnung für die Regierung bezeichnet. Danach ist anzunehmen, daß sich künftig eine grosse Mehrheit finden wird, wenn es gilt, Übergriffe der Exekutive zurückzuweisen oder Massnahmen gegen die stille Sabotage der Ministerialbürokratie zu treffen.

Selbst Vizekanzler Blücher hat am Schluss der Debatte in etwas dunklen Wendungen, aber mit einem unmissverständlichen Unterton seinen Kabinettskollegen Erhard wegen der Beschimpfung des Parlaments getadelt. Erhard, der im Bewusstsein eines Mannes auftrat, dass ohne ihn die Weltgeschichte nicht weitergeht, hat sich durch seine provokatorische Sturheit die Sympathien bis weit in die Reihen der Regierungsparteien hinein verscherzt. Dass er es nicht über sich brachte, sich wegen der unqualifizierten Äusserung zu entschuldigen, obgleich seine politischen Freunde noch während der Debatte auf ihn einredeten, richtet ihn in den Augen der Öffentlichkeit. Das ist kein grosser Mensch, sondern nichts weiter als ein dicker Mann.

Wie das Debakel von Korea begann.

Von Gerhart H. Seger, New York.

Korea war ein zweites Pearl Harbor, besonders was die völlige Überraschung der Vereinigten Staaten angeht. Unmittelbar nach dem Überfall trat der Senatsausschuss zusammen, der sich mit den Etatsbewilligungen befasst. Es schien eine Routine-Sitzung zu werden, und doch kam es anders.

Kaum hatten die Beratungen begonnen, wandte sich der republikanische Senator Styles Bridges an Staatssekretär Acheson mit der Frage, ob er nicht auch der Ansicht sei, dass der amerikanische Nachrichtendienst in Korea völlig versagt habe. Acheson wich mit dem unverbindlichen Hinweis aus, man sei in Washington über Truppenansammlungen der Nordkoreaner unterrichtet gewesen, aber man habe das für eins der von Russland so gern betriebenen Nervenkriegs-Manöver gehalten. Der republikanische Senator Homer Ferguson (Michigan) fragte dann direkt, ob die Regierung informiert gewesen sei, dass eine Offensive bevorstehe? Nein, musste Acheson zugeben, und Johnson fügte hinzu, es sei ein Überraschungsüberfall gewesen.

Nun gings los. Verteidigungsminister Johnson erklärte frei heraus, er sei schon seit langem mit den Informationen, die die Regierung durch die Militärattachés erhalte, unzufrieden gewesen; die US-Militärattachés, einschliesslich der in Korea stationierten, seien vielfach nichts weiter als gesellschaftliche Anhängsel der Legationen. Auf die Frage des demokratischen Senators Richard Russell musste Johnson zugeben, bei seinem Besuche in Japan kurz vor dem nordkoreanischen Überfall habe er nichts von einem solchen drohenden Unternehmen gehört.

Im späteren Verlaufe der Ausschuss-Sitzung erschien der Chef des Nachrichten-Dienstes, Admiral Roscoe H. Hillenkoetter, und nahm seine Abteilung in Schutz. Er verlas einen vertraulichen Bericht vom 20. Juni, also fünf Tage vor dem Überfall, in dem die Regierung in Washington darüber informiert wurde, dass nicht nur grosse Truppenansammlungen nördlich des 38. Breitengrades erfolgt wären (mit genauer Beschreibung der Kategorien und Verbände), sondern dass auch neue Chaussees für den Transport schwerer Artillerie und ähnlichem Kriegsmaterial gebaut worden seien. Die Mitglieder des Senatsausschusses stimmten überein, dass dieser Bericht die Regierung hätte hellhörig machen sollen.

Schliesslich sprach Generalmajor Lyman L. Lemnitzer, Direktor des Büros für Militärhilfe ans Ausland. Seine Aussagen waren noch peinlicher für die Regierung, und zugleich bewiesen sie noch eindeutiger, dass kein Land der Erde so weltweit davon entfernt war, einen Krieg zu erwarten, geschweige denn selber herbeizuführen, wie die Vereinigten Staaten.

Lemnitzer wurde gefragt, wieviel von der für Korea bewilligten Summe von 10 230 000 Dollar für militärische Unterstützung denn vor dem Angriff an die koreanische Republik gelangt sei. Zögernd erwiderte Lemnitzer, nur für einen sehr geringen Betrag sei etwas Signalausrüstung tatsächlich an Korea geliefert worden. Für wieviel, wollte Senator Ferguson wissen. Für sehr wenig Geld, antwortete General Lemnitzer. Für wieviel? bestand Senator Ferguson auf seiner Frage. Also musste General Lemnitzer herausrücken: für 200 Dollar. Von den bewilligten 10 230 000 Dollar für militärische Ausrüstung der Republik Korea waren also vor dem Überfall ganze 200 Dollar tatsächlich ausgegeben worden - kann sich da noch jemand wundern, dass die kommunistischen Nordkoreaner, die das sicher durch ihren Spitzeldienst wussten, sich gerade den gegenwärtigen Zeitpunkt für ihren Überraschungsangriff ausgesucht haben?

Die weitere Vernehmung des Generals Lemnitzer und seines Vizedirektors John H. Ohly ergab, dass trotz flehentlicher Bitten der Republik Korea nicht ein einziges Kampfflugzeug geliefert worden war. Dann kam die entscheidende Frage: hat das Büro für Militärhilfe an das Ausland wenigstens einen Plan ausgearbeitet, um Korea mit den Verteidigungsmitteln gegen einen Angriff aus dem Norden auszustatten? John Ohly musste darauf mit "Nein" antworten. Über den Rest der Ausschussberatung kann nicht öffentlich berichtet werden, da die Ausschussmitglieder über den Mangel an Vorbereitung zur Verteidigung der Republik Korea gegen eine Invasion vom Norden so empört waren, dass sie beschlossen, die Beratungen hinter verschlossenen Türen fortzusetzen.

Man darf sich von diesen Anfangs-Pannen nicht täuschen lassen. Mussolini, Hitler und Hirohito haben sich über die Widerstandskraft der demokratischen Nationen getäuscht, und ihr Irrtum hat ihnen den Verlust ihrer Macht eingetragen. Es ist sehr gut möglich, dass es Stalin, der den gleichen Irrtum begeht, ebenso gehen wird; hoffentlich ohne einen dritten Weltkrieg.

Dompastor Kleinschmidt

sp. Der Dompastor Karl Kleinschmidt, amtierend am Dom zu Schwerin in Mecklenburg, richtete vor einigen Tagen einen offenen Brief an den Vorsitzenden des Rats der Evangelischen Kirche, Bischof Dibelius. In diesem Brief nahm er in demagogischer Form zu den "angeblichen Gerüchten" Stellung, dass Dibelius, "um es nicht mit den amerikanischen Imperialisten zu verderben", seine Unterschrift zur Ächtung der Atombombe verweigert haben sollte.

In kirchlichen Kreisen wird dieser Brief Kleinschmidts als ein Versuch der SED angesehen, Verwirrung an die Reihen der Kirchenanhänger in der Sowjetzone zu bringen. Diese "östliche" und dazu eine "westliche" Aufgabe hat Kleinschmidt schon seit längerer Zeit. Wer ist dieser Pastor Kleinschmidt?

Während der Nazizeit verlor er zunächst sein Kirchenamt. Er sagt, aus politischen Gründen. Seine kommunistischen Freunde erzählten es indessen im kleinen Kreise von Schwerin etwas anders. Dann wurde Kleinschmidt Kabarettist, kam schließlich für kurze Zeit ins Kz, um danach als neugebackener "Deutscher Christ" Dompastor in Schwerin zu werden. Nach dem Kriege war er sehr beliebter Gast in der Sowjetischen Militäradministration in Schwerin, die sich gerne solcher Leute zur Durchführung ihrer Pläne in Mecklenburg und anderswo bediente. Kleinschmidt wurde dann auch einer der eifrigsten Förderer der Sowjetisierung des politischen und kulturellen Lebens Mecklenburgs. Der sowjetische Polit-Offizier, Oberst Serebrenski, war sein grösster Freund..

Eines Tages fiel Kleinschmidt bei den Sowjetrussen in halbe Ungnade. Flugs erhoben Mitglieder des sogenannten Kulturbundes, in dem K. eine überragende Rolle spielt, Anklage gegen ihn. Man sprach von Unregelmässigkeiten, zuviel berechneten Spesen, von in seiner Wohnung "abgestellten" Möbeln des Kulturbundes usw. Die kommunistischen Schriftsteller Ehm Welk und Adam Scharrer. (letzterer kürzlich unter mysteriösen Umständen an Herzschlag gestorben), waren die Hauptankläger. Inzwischen geschah wieder etwas... Und als die untersuchende Kommission des Kulturbundes zusammentrat, fiel der Hauptbelastungszeuge Öhmke, Geschäftsführer des Kulturbundes, um. Er beschuldigte Scharrer der Unwahrheit. Scharrer rang nach Luft, man befürchtete oder hoffte damals bereits, dass er einem Herzschlag erliegen würde. Kleinschmidt wurde jedenfalls nach einer sehr eigenartigen Verteidigungsrede rehabilitiert.

Alsdann wurde er wieder eifriger Gast in der SMA... Wenig später fand eine geheime Besprechung im Kulturbundhause in Schwerin statt. In dieser Besprechung entwickelte K. Pläne, den Kulturbund als trojanisches Pferd zu benutzen, um das Gedankengut der Sowjetzone in die Westzone Deutschland zu infiltrieren. Kleinschmidt ist seitdem wiederholt in den Westgebieten gewesen. Und sicherlich wird ihm in den augenblicklichen kommunistischen Bestrebungen, den Westen in eine Art von Angstpsychose zu versetzen, eine Rolle besonderer Art wieder zugewiesen sein. -o-

Kommuniquee über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 29. u. 30. Juli 1950

Auf der Sitzung des Vorstandes der SPD am 29. und 30. Juli 1950 sprach der Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher über die allgemeine politische Situation. Bei der Behandlung der durch den Krieg in Korea aufgeworfenen Probleme und seines politischen Ursprungs wies Dr. Schumacher u. a. auf die maßgebende Rolle hin, die die Unterlassung unbedingt notwendiger Sozialreformen für die Entstehung solcher Konflikte spielt. Der einzig mögliche effektive Beitrag Deutschlands für den Schutz Europas vor dem Bolschewismus sei eine maximale soziale Leistung in Westdeutschland, die umso notwendiger sei, als Deutschland heute noch an viertletzter Stelle der Lohnskala in Europa stehe.

In Anwesenheit maßgebender Vertreter der SPD in Schleswig-Holstein stellte Oberbürgermeister Gayk-Kiel die Situation nach den dortigen Landtagswahlen ausführlich dar. Der Parteivorstand billigte die Haltung, die die Partei in Schleswig-Holstein bisher in den Gesprächen zur Neubildung der Regierung eingenommen hat.

Alfred Dobbert - Düsseldorf sprach über die Frage der Regierungsneubildung in Nordrhein-Westfalen. Er präziserte noch einmal den sozialdemokratischen Standpunkt, der bereits mehrfach klar zum Ausdruck gebracht worden ist, dass die SPD in Nordrhein-Westfalen die neue Verfassung des Landes als eine Realität anerkenne, dass sie sich aber nicht des Rechtes entäußern könne, eine Nachprüfung darüber zu verlangen, ob diese Verfassung staatsrechtlich in allen ihren Teilen einwandfrei fundiert sei.

Über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion berichtete der Abgeordnete Wilhelm Mellies. Er teilte dem Parteivorstand bei dieser Gelegenheit mit, dass die Fraktion des Bundestages unter dem 29. Juli drei Anträge eingebracht habe.

Der erste befürwortet, dass in den vor dem 20. Juli 1950 abgeschlossenen Tarifverträgen die Bestimmungen über Lohn und Gehalt von den beteiligten Gewerkschaften ohne Rücksicht auf ihre Geltungsdauer und die vereinbarten Kündigungsfristen mit einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden können. Der Antrag befristet diese gesetzliche Regelung auf die Zeit vom 10. September bis 31. Dezember 1950.

Der zweite Antrag ersucht die Bundesregierung, bis spätestens Mitte September dem Bundestag die erforderlichen Gesetze zu unterbreiten, um die Leistungen dem veränderten Preisgefüge anzupassen, und zwar in der gesamten Sozialversicherung, bei den Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenfürsorge, bei den Bezügen für Körpergeschädigte und Hinterbliebene und bei den Unterhaltshilfen aus der Soforthilfe. Die Bundesregierung wird weiter ersucht, in Verhandlungen mit

den Länderregierungen eine entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze der Fürsorgeempfänger zu erreichen. Die entstehenden Mehrbelastungen sind durch teilweise Aufhebung der Einkommensteuersenkung zu decken.

Ein dritter Antrag sieht die Aufhebung bestimmter gesetzlicher Bestimmungen aus der nationalsozialistischen Zeit vor, die dieser Regelung entgegenstehen.

Die SPD wird also sofort nach dem Ende der Parlamentsferien ihren Kampf um die Senkung der Lebenshaltungskosten mit aller Entschiedenheit wieder aufnehmen.

Fritz Heine berichtete über die Vorbereitungen zu einer grossen zentralen Werbeaktion für die SPD, die, beginnend am 30. September, den Oktober und den November hindurch alle Kräfte zusammenfassen soll, um eine Aktivierung und eine Erweiterung des Lebens in der Partei zu erreichen.

Für verschiedene kommende internationale Veranstaltungen wurden die Delegierten bestimmt. An der COMISCO-Tagung am 9. und 10. September in Straßburg mit den Hauptthemen der Frage der Europäischen Einheit und der Einrichtung eines Sozialistischen Sekretariats wird der stellvertretende Vorsitzende Erich Ollenauer teilnehmen. An der Wirtschafts-Experten-Konferenz in Straßburg, auf der man vor allem die Liberalisierung der Wirtschaft diskutieren wird, werden Prof. Dr. Baade, Dr. Hermann Veit und Rudolf A. Pass teilnehmen. Die Tagung des Flüchtlings-Komitees, die voraussichtlich im September auf Vorschlag der österreichischen Sozialdemokratie in München stattfinden wird, werden Alfred Nau und der niedersächsische Flüchtlingsminister Pastor Heinrich Albertz wahrnehmen.

Schließlich wurden die auf dem Parteitag dem Parteivorstand überwiesenen Anträge diskutiert bzw. den betreffenden Fachausschüssen überwiesen.

Die nächste Parteivorstandssitzung, verbunden mit einer Sitzung des Parteiausschusses, wird am 16. und 17. September in Stuttgart stattfinden.

- - -

74.800 Volkspolizisten

sp. Nach einer geheimen Aufstellung der Hauptverwaltung Volkspolizei betrug die Stärke der Volkspolizei anfangs 1950 insgesamt 74.800 Mann. Darin sind die jetzt aufgestellten Einheiten der neuen Marine und die den Landesinnenministerien unterstehenden Verkehrs- und Kommunalpolizisten nicht eingerechnet.

Der Leiter der höheren Volkspolizeischule in Berlin-Pankow, W u l z, als Chef des Stabes beim 54. Armeekorps in Stalingrad in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten, wurde angewiesen, den strategischen und taktischen Unterricht zu verstärken, notfalls auf Kosten der politischen Schulung. Als Dozenten an dieser Schule sollen nach einer Besichtigung sowjetischer Militärs mehr sowjetische Offiziere herangezogen werden. Höhere Offiziere der Volkspolizei werden an den sowjetischen Manövern in Mecklenburg, an denen auch Volkspolizeieinheiten mitwirken sollen, teilnehmen.

- - -